

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 14. Juni 2021 / Lundi après-midi, 14 juin 2021

Bau- und Verkehrsdirektion / Direction des travaux publics et des transports

37 2021.RRGR.112 Bericht GR

Situation im Amt für Grundstücke und Gebäude. Ergebnisse der Abklärungen durch die Geschäftsprüfungskommission

37 2021.RRGR.112 Rapport GC

Situation à l'Office des immeubles et des constructions. Résultats des investigations de la Commission de gestion

Le président. Vous voilà, chers collègues, bien, je vous salue cordialement pour cette deuxième semaine de la session d'été. Je salue aussi la présence de M. le conseiller d'Etat Neuhaus et de ses collaborateurs, il est là, mais il se cache encore.

J'ai quelques informations à vous donner avant que nous abordions l'affaire du point numéro 37 de notre ordre du jour.

La première: j'ai le plaisir de vous informer que notre collègue Michael Köpfli est devenu papa pour la deuxième fois. Il a eu un petit garçon qui s'appelle Andri Tony (*Applaus / Applaudissements*). La deuxième chose sur laquelle je voulais vous informer concerne le « Zeitbudget », les prévisions sur la durée des délibérations : nous avons pris un peu de retard par rapport au programme initial en raison de la discussion sur la LEO qui était en quelque sorte une première lecture dans la deuxième lecture. Nous avons à peu près deux heures de retard par rapport au programme. Donc, je vous serais reconnaissant de pouvoir rattraper le temps -qui n'était pas perdu, qui était nécessaire- mais de pouvoir néanmoins le rattraper jusqu'à la fin de cette semaine, c'est-à-dire jeudi.

Une information concernant l'affaire du point numéro 52, le titre, « Perspectives concernant la participation à BKW SA » : je vous informe de la procédure que nous allons utiliser pour pouvoir vous préparer au point 52, il est important : vous avez vu qu'il y a plusieurs déclarations de planification, dont les deux premières qui nous intéressent, en l'occurrence. Nous allons procéder pour ce point 52 de la manière suivante : nous allons traiter le rapport et ces deux premières déclarations de planification. Si elles sont acceptées, ces deux déclarations de planification, nous n'allons pas traiter les quatre suivantes ; c'est-à-dire que nous allons laisser la parole aux dépositaires, à Mme la députée Imboden, M. le député Brönnimann et pour la déclaration de planification 6, à M. le député Alberucci, je pense. Mais nous n'allons pas les voter : elles seront caduques si les deux premières déclarations de planification sont acceptées. Si elles ne le sont pas, bien entendu que nous traiterons ces quatre déclarations de planification.

Bevor wir zur parlamentarischen Arbeit zurückkommen, möchte ich Ihnen den folgenden Vorschlag präsentieren: Der Kanton Bern ist von der Covid-19-Pandemie in vielerlei Hinsicht getroffen worden. Wir stellen uns vor, dass viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger unter der Lage gelitten haben und immer noch darunter leiden. Manche sitzen auch in diesem Saal. Auf politischer Ebene wurden Massnahmen ergriffen, um den am stärksten betroffenen Wirtschafts- und Kulturkreisen und den Arbeitnehmenden so viel Erleichterungen wie möglich zu verschaffen. Der Hoffnungsschimmer für einen Ausweg aus der Krise, den so viele Menschen fordern, steht heute vor unserer Tür: Medizinische Fortschritte, die es unserer Bevölkerung ermöglichen, von antiviralen Impfstoffen zu profitieren, und die Einhaltung der auferlegten Hygienemassnahmen sind Faktoren, die uns schnell an eine bessere Zukunft glauben lassen.

Es liegt mir sehr am Herzen, dass auch der Grosse Rat seine Solidarität mit der Berner Bevölkerung zeigt und sich auch symbolisch äussert. Deshalb schlage ich das Folgende vor, das nur aus meiner eigenen Initiative herauskommt: Ich lade die Mitglieder des Grossen Rates ein, mit einem Foto und einem kurzen Text, der die Abbildung kommentiert, eine Aktion zugunsten einer oder meh-

rerer Personen, eines Vereins, einer Firma, eines Restaurants, einer NGO, eine konkrete Aktion oder eine andere Solidaritätsbekundung zu verewigen, die denjenigen hilft, die es brauchen.

Diese Aktion steht nicht in Richtung einer politischen Propaganda zugunsten von irgendjemandem. Ich möchte keine politische Partei profilieren. Nein, diese Aktion der Solidarität richtet sich an alle. Es wird den Kanton keinen Rappen kosten, diese Aktion wird auf freiwilliger Basis durchgeführt. Die Fotos und Texte werden in der nächsten Session im September auf einer Website veröffentlicht. Mit der Realisierung der Website wird die Fachhochschule CEFF Industrie, Centre de formation professionnelle Berne francophone aus St-Imier im Berner Jura betraut, die Informatiklehrlinge und Medienfachleute ausbildet. Die Gesten der Solidarität können zwischen Ende Juni und September fotografiert werden. Sie werden eine E-Mail bekommen, die Ihnen erklärt, wie mitmachen. Technisch wird es ganz einfach sein, sodass jede und jeder teilnehmen kann. Die Website wird so heissen: «Der Grosse Rat zeigt sich solidarisch – Le Grand Conseil est solidaire». Die Ergebnisse dieser Fotos werden den Mitgliedern des Grossen Rates zu Beginn der Septembersession präsentiert und anschliessend öffentlich gemacht. Die Schüler, die dafür gearbeitet haben, werden zu diesem Zeitpunkt dem Grossen Rat vorgestellt und an einer Pressekonferenz für ihre Arbeit belohnt.

Ich hoffe, dass dieses Projekt, das nur darauf abzielt, eine Form der Solidarität des Grossen Rates gegenüber den von der Krise am meisten betroffenen Menschen sichtbar zu machen, von Ihnen gut aufgenommen wird. Bei Fragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung und ich danke Ihnen für Ihr Mitmachen.

Si vous êtes d'accord nous abordons maintenant le point 37 de l'ordre du jour. Le débat est libre. La CGes vous invite à prendre connaissance du rapport et je laisse la parole sans tarder au président de la commission, M. le député Siegenthaler.

Peter Siegenthaler, Thun (SP), GPK-Präsident. Drei kurze Vorbemerkungen: 1. Merci dem Grossratspräsidenten, dass wir diese Debatte hier am Stück führen können und dass wir sie am Donnerstag nicht gestückelt haben. 2. Der ganze Bericht, den wir Ihnen auf 19 Seiten abliefern, aber auch das, was ich jetzt sage, liebe Kolleginnen und Kollegen, soll nicht ein zusätzliches Bashing gegenüber dem Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) sein, sondern es soll ein Beitrag sein zu versuchen, das AGG zu stabilisieren und wieder in gute oder bessere Fahrwasser zu bringen. 3. Ich werde nichts zum Geplänkel sagen, welches Regierungsrat Christoph Neuhaus im Vorfeld mit den Medien zu diesem Geschäft hatte. Die Kommission hat dazu keine Meinung. Ich hätte sie im Fall.

Als sich die GPK im Herbst 2019 entschied, eine vertiefte Abklärung zum AGG zu treffen, konnten wir uns den Umfang und die Komplexität dieser Untersuchung, die uns bevorstand, nicht vorstellen. 2020, ein bisschen später, merkten wir, dass wir den Fokus nicht nur partiell legen können, sondern wir müssen das ganze Amt ins Blickfeld nehmen. Dies machten wir auch. Wir liessen uns von zwei Fragen leiten. Erstens: Was sind die Gründe für die übergeordneten Probleme im AGG und was ist in Bezug auf die aktuelle Situation im AGG eigentlich schiefgelaufen? Und zweitens: Wo ist aus Sicht der Kommission Handlungsbedarf?

Der zuständige Ausschuss führte in der Folge mehrere Anhörungen durch, studierte umfangreiche Akten. Dazu können Sie auf Seite 6 unseres Berichts lesen, mit wem wir Gespräche führten. Dazu gibt es noch zu erwähnen, dass wir auch Hinweise erhielten, z. T. von Kollegen hier im Saal, aber auch von Personen, die ehemals im AGG gearbeitet hatten oder mit dem AGG beruflich einen Berührungspunkt hatten. Im Februar 2021 verabschiedete die Kommission den Ihnen vorliegenden Bericht einstimmig zu Ihren Händen und bitte Sie heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Gleiche zu machen.

Mein Rückblick beginnt im Jahr 2012. Damals trat der langjährige Amtsvorsteher seinen wohlverdienten Ruhestand an und man fand dazumal den idealen Zeitpunkt, um das Amt und die Prozesse innerhalb des AGGs zu überprüfen, ob sie noch alle richtig sind, ob es Korrekturen bedarf und 2014 schloss man diese Reorganisation ab. 2015 machten die GPK und der zuständige Ausschuss einen Amtsbesuch. Dort führte man uns gegenüber, von der damals zuständigen Regierungsrätin, aus, dass die Ziele der Reorganisation weitgehend erreicht worden seien. Es sei eine moderne Reorganisation aufgebaut worden, es gebe ein klares Rollenverständnis, ein klares Aufgabenverständnis und es seien einfache und effiziente Prozesse implementiert worden. Der damalige Amtsvorsteher,

der auch neu war, der die Möglichkeit hatte, sich in diesem Reorganisationsprozess einzubringen, sagte uns gegenüber, dass die Organisationsform nachhaltig stabil sei und das AGG deshalb in eine gute Zukunft starten könne. Auch aufgrund dieser Erkenntnisse und den Ausführungen, die man uns gegenüber machte, schlossen wir als Kommission das Geschäft nachher ab.

2017, also anderthalb/zwei Jahre später, kam das AGG wieder auf den politischen Radar. Die Finanzkontrolle stellte fest, dass die Ordnungsmässigkeit der Buchführung nicht gegeben sei und der Grosse Rat beschloss im September 2018 einen nachträglichen Kredit für die Wiederherstellung der Ordnungsmässigkeit in der Höhe von 1,4 Mio. Franken. Danach, im Jahr 2019 – Sie erinnern sich noch gut daran – kam die unrühmliche Geschichte mit dem Campus Biel. Sie können dazu unsere Ausführungen auf Seite 5 des Schlussberichts lesen. Die zuständige Direktion gab danach eine externe Untersuchung, eine externe Expertise, zu diesem planerischen Debakel in Auftrag. Im Mai 2020 lag das Resultat vor, auch dazu auf Seite 5 mehr. Ich gehe davon aus, liebe Grossrätinnen und Grossräte, dass Sie unseren Bericht gelesen haben und unsere Einschätzung zur Kenntnis genommen haben. Ich nehme nun trotzdem hier exemplarisch zwei Punkte heraus, die uns wesentlich erscheinen, weshalb wir heute in dieser Debatte über das AGG sprechen und weshalb sich das AGG – wie wir feststellen am Anfang – in einer schwierigen und heiklen Situation befindet.

Das AGG ist personell stark unterdotiert. Die Umsetzung des Ziels aus der Reorganisation 2013/2014, den Personalbestand zu reduzieren, erweist sich rückwirkend betrachtet als verheerend. Die Zahl der Mitarbeiter wurde gesenkt. Projekt, Projektumfang, die Komplexität der Projekte nahmen zu, auch – und ich betone dies hier ausdrücklich – auch wegen grossrätlicher Entscheide. Dazu kommt die Fluktuation, welche überdurchschnittlich war. Die Firma Wüest Partner kam zum Schluss, dass ein gestaffelter Ausbau von 10 bis 13 Vollzeitstellen notwendig ist und noch zwei bis drei Stellen temporär, welche die Strukturen und Prozesse erarbeiten sollen und Altlasten bereinigen sollen. Den Personalbestand betrachtete die GPK im Vergleich zu anderen Kantonen, mit vergleichbaren Kantonen, mit St. Gallen und Zürich. Auch dazu können Sie Ausführungen im Bericht lesen. Dann kommt noch das Kapitel mit den unrühmlichen Wechseln in der Amtsleitung. Niemand blieb länger als zweieinhalb Jahre. Der Letzte hat es etwas über drei Jahre geschafft.

Was man uns 2015 dozierte, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde von der Finanzkontrolle stark relativiert, in dem sie feststellte, ich zitiere: «Das AGG hat den Anschluss an ein professionelles Immobilienmanagement verloren.» Und die externe Firma Wüest Partner stellt Ähnliches fest, in dem sie sagt, dass im AGG «kaum ein Verständnis für ein zeitgemässes Immobilienmanagement besteht». Wir als GPK finden dies eine ziemlich verheerende Feststellungen, v. a. wenn man es abgleicht mit dem, was das AGG auf der Homepage schreibt. Dort kann man nämlich lesen: «Das Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) ist verantwortlich für kompetente und kreative Entscheidungsgrundlagen zur nachhaltigen Entwicklung und Nutzung der Grundstücke und Gebäude des Kantons». Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, letztendlich ist die Verantwortung der Führung von Ämtern bei den zuständigen Regierungsmitgliedern angeordnet. Die Probleme haben nicht mit dem Wechsel von Regierungsrat Neuhaus in diese Direktion angefangen. Ich habe versucht dies mit dem kurzen, geschichtlichen Ablauf darzustellen. Die Kommission kommt zum Schluss, dass beide involvierten Regierungsmitglieder das Ausmass der Probleme im AGG nicht oder nicht rechtzeitig erkannt haben und, dass es ihnen mit ihren Entscheiden oder viel mehr Nicht-Entscheiden nicht gelungen ist, Ruhe und Stabilität in das Amt zu bringen.

Meine Kommission hofft auch, dass die jetzige Debatte, liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu dienen soll, dem Regierungsrat klare und eindeutige Hinweise zu geben, auch mit der möglichen Unterstützung, einstimmigen Unterstützung, von unseren 10 Planungserklärungen, welche das Resultat unserer intensiven und umfassenden Beschäftigungen mit diesem Amt sind. Im Sommer 2022 möchte die Kommission Bericht erstattet bekommen, wie weit die Empfehlungen umgesetzt wurden. Ich sage zu den einzelnen Empfehlungen nichts, einfach nur zur Empfehlung, bei der es um das Kostenverrechnungsmodell geht, noch den folgenden Hinweis: Der Regierungsrat signalisierte zwar, dass er diese Empfehlungen der GPK übernehmen will. Dies stimmt uns zuversichtlich und auch dankbar. Bei einer Empfehlung haben wir einfach unsere Zweifel, ob es ihm dann tatsächlich auch so ernst ist. Es ist die Empfehlung Nummer 7. Dort hat der Regierungsrat kürzlich bei der Beantwortung eines Vorstosses im Zusammenhang mit den Immobilien der Universität festgehalten,

dass er einem internen Kostenverrechnungsmodell skeptisch gegenübersteht. Wir fanden deshalb, dass wir eine Kommissionsmotion einreichen, um unsere Forderung zu unterstreichen und zu bekräftigen.

Ich komme zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen. Unsere Kantonsverwaltung, dies ist unsere Einschätzung, funktioniert grosso modo gut. Dies darf man an dieser Stelle auch sagen. Natürlich gibt es hier und dort Schwachstellen und über diese sprechen wir ja in diesem Rat auch und dazu wurden wir unter Umständen auch gewählt. Aber, aber, es rächt sich, Zustände so lange schleifen zu lassen, bis das Fass tatsächlich überläuft. Und im Fall des AGG ist es nicht einfach übergelaufen, sondern schwallartig ausgelaufen. Und es rächt sich, uns gegenüber Aussagen zu machen, welche Zustände schönerreden, als sie tatsächlich sind. Man muss sagen, Herr Regierungsrat, was ist, auch oder gerade gegenüber der Oberaufsicht.

Ich möchte an dieser Stelle aber auch allen herzlich danken, welche uns die Gesprächsmöglichkeit gegeben haben. Ich danke den Mitarbeitenden des AGG, welche trotz der widrigen Umstände da-beigeblieben sind und versucht haben, das Beste aus ihrer Tätigkeit zu machen. Ich wünsche dem Amtsleiter, dem Vorsteher des AGG, alles Gute bei seiner neuen Tätigkeit. Ihnen danke ich für die Aufmerksamkeit.

Haşim Sancar, Bern (Grüne), Fraktionssprecher. Die grüne Fraktion nimmt den GPK-Bericht über die Situation im AGG positiv zur Kenntnis und dankt der Kommission, der Finanzkontrolle und den weiteren involvierten Stellen für ihre Abklärungen und Ergebnisse. Es ist tatsächlich so, dass das AGG in eine schwierige Situation geraten ist, obwohl dieses wichtige Amt eine grosse Verantwortung trägt und in einem bedeutungsvollen Feld operiert. Wir sind stolz auf unsere über 2000 kantonalen Gebäude, weil sie einen beträchtlichen Teil unserer Finanzen ausmachen. Wo Immobilien vorhanden sind, fliesst viel Geld in Bau, Umbau, Renovation und Reparaturen. Wo viel Geld fliesst, muss auch sorgfältig und sauber gearbeitet werden. Auch hier ist das Vertrauen gut, aber die Kontrolle ist besser. Und diese muss vor allem auch nach innen gut funktionieren.

Wie die GPK in ihrem Bericht feststellt, funktioniert im AGG leider, leider vieles nicht so, wie es sollte. Es besteht denn tatsächlich auch eine grosse Gefahr, dass das Amt v. a. bei den Grossprojekten Kosten, Zeit und Qualität aus den Augen verliert. Das ist fatal für den Kanton, wie wir bereits in einigen Fällen – z. B. beim Campus Biel – gesehen haben. In diesem Amt muss man oben linear und klar führen, und es muss ein grosses Engagement geleistet werden. Mir geht es nicht um ein Bashing des Regierungsrates. Sachlich gesagt, er muss seine Verantwortung wahrnehmen, was wir bis jetzt vermisst haben. Wenn wir die personelle Situation dieses Amtes mit ein paar anderen Kantonen vergleichen – wie es auch im Bericht gemacht wird –, sind solche Pannen nicht erstaunlich.

Beispiel St. Gallen: Sie haben im Vergleich zu unserer Gebäudezahl nur gerade ein Drittel Immobilien, die Personalressourcen sind jedoch die gleichen wie bei uns. Zürich hat für dieses Amt viermal so viel Personal wie wir, obwohl er nur über 25 Prozent mehr Gebäude verfügt. Deshalb begrüssen wir die Empfehlung der GPK, dass die Zahl des Personals in diesem Amt unbedingt erhöht werden muss. Das Personal ist das wichtigste Kapital in diesem Amt. Ohne gut qualifiziertes und genügendes Personal kann das Amt seine Aufgabe nicht zufriedenstellend erfüllen. Wenn personelle Ressourcen erhöht werden, können und müssen Aufträge an Externe und das Beiziehen von externen Fachpersonen reduziert werden. So stärken wir die Verwaltungseinheiten, die zu unseren Gebäuden schauen und sie qualitäts- und kostenbewusst bewirtschaften. Somit profitieren wir langfristig.

Dass Personal fehlt, hat teilweise auch mit wiederkehrenden Anträgen oder Sparvorlagen des Grossen Rates zu tun, mit welchen der Abbau von Personal in der Verwaltung vorangetrieben wird. Die Probleme des AGG haben viel, aber nicht nur mit dem Mangel an Personal zu tun. Deshalb müssen auch andere Empfehlungen der GPK, die wir ebenfalls gerne unterstützen, umgesetzt werden. So halten wir es für sinnvoll, die Organisation in diesem Amt durchlässig, schlank und effizient zu gestalten. Es müssen klare Zielvorgaben gemacht, die Investitionen priorisiert werden. Für verlässliche Kennzahlen müssen solide Datengrundlagen vorhanden sein. Bei der GPK-Empfehlung 7 betreffend Kostenverrechnungsmodell erwarten wir vom Regierungsrat, dass er ein pragmatisches Vorgehen wählt und nicht ein Bürokratiemonster schafft. Hier geht es um die kantonale Verwaltung, nicht jeder Nagel muss in Rechnung gestellt werden.

Martin Egger, Frutigen (glp), Fraktionssprecher. Vorweg möchte ich Peter Siegenthaler, Grossrat, merci sagen, dass er diesen Bericht so umfangreich und sehr gründlich uns hier präsentiert hat. Deshalb denke ich, dass ich auf gewisse Details eingehe, was die glp sieht. Vorweg kann ich sagen, dass wir alle Planungserklärungen, welche hier aufgeführt sind, unterstützen werden und somit dort nicht noch einmal darauf zurückkommen muss. Die glp ist erfreut, mit welcher vertieften Untersuchung sich die GPK diesem schweren Fall AGG angenommen hat. Für uns ist es wichtig, dass die GPK die übergeordneten Probleme im AGG gründlich untersuchte. Mit diesen vielen Anhörungen und Analysen sowie den vielen Prüfungen von Berichten sind wir überzeugt, dass die GPK bei diesen Untersuchungen eine sehr gute Arbeit leistete.

Es ist sicher, dass viele verschiedene Punkte, und nicht erst seit zwei oder drei Jahren, zu diesen Problemen im AGG führten. Die vielen Kündigungen und personellen Wechsel waren ganz sicher nicht förderlich für einen reibungslosen Ablauf bei den Arbeiten des AGG. Als der Amtsleiter Cioppi auch noch freigestellt wurde, war das Schiff sicher ein bisschen schlecht geführt und führungslos unterwegs. Dank der interimistischen Führung des AGG durch den Generalsekretär der Baudirektion, Herrn Albrecht, der dies umsichtig führte, wurde noch Schlimmeres verhindert. Wir hoffen nun schwer, dass mit Herrn Held die richtige Person für diesen Posten gefunden wurde.

Wichtig ist jetzt, dass der Bericht nicht einfach in einer Schublade versenkt wird und dort verstaubt, sondern dass man die Empfehlungen der GPK auch intensiv als Verbesserungen versucht, in das AGG einfließen zu lassen, so dass es in der neuen Zeit etwas bringen sollte. In diesem Bericht hat es sehr viele ganz wichtige Argumente und Vorschläge, welche das AGG in die richtige Richtung lenken könnten. Ein grosser Dank gilt dem Sekretariat der GPK, welches die grosse Arbeit, die es zur Erschaffung des Berichts leistete, bewerkstelligen konnte. Ein grosser Dank ebenfalls der GPK für die hartnäckigen und vertieften Untersuchungen, welche zu diesen aufschlussreichen und interessanten Berichten geführt haben.

Annegret Hebeisen-Christen, Münchenbuchsee (SVP), Fraktionssprecherin. Wir wissen es: Seit mehreren Jahren erhielt die die GPK Hinweise für Mängel im AGG. Dies veranlasste die GPK eben auch, sich vertiefter mit dem AGG zu beschäftigen. Wir haben es bereits gehört. Gestützt auf umfassende Analysen, etliche Unterlagen, diverse Berichte und Anhörungen, zeigen sich die Mängel im AGG in den folgenden fünf Themenbereichen: Personelle Ressourcen, Organisation, Strategie/Steuerung, Rollenverständnis und Datenbasis. Ich möchte als SVP-Sprecherin auf drei Punkte im Bericht näher eingehen.

Personelle Ressourcen: Die Umsetzung der Reorganisation 2013/2014 – Peter Siegenthaler hat es bereits erwähnt –, welche zum Ziel gehabt hätte, den Personalbestand im AGG zu reduzieren, erweist sich rückwirkend betrachtet als wenig vorausschauend. Aufgrund der knappen personellen Ressourcen, der hohen Fluktuation und der Schwierigkeit, geeignetes Personal zu rekrutieren, konnte das AGG seine Aufgaben in der Vergangenheit bereits mehr schlecht als recht bewältigen. Mit der Zunahme von komplexen Bauprojekten dürfte das AGG an einen Punkt gelangt sein, an dem die personellen Ressourcen und Kapazitäten für die Aufgabenbewältigung schlicht nicht mehr genügen.

Rollenverständnis: Das Verhältnis des AGG zu den Bestellern und Nutzern zeigt klar ein Spannungsfeld. Auf der einen Seite die Fachexperten, welche die Bedürfnisse anmelden, aber nicht über das Bau-Know-how verfügen, auf der anderen Seite die Bauexperten, welche wenig Kenntnis haben von den spezifischen Bedürfnissen der Nutzer. Ohne Zweifel, es besteht heute ein Ungleichgewicht, in dem die Nutzer bzw. die Besteller überhaupt keine finanzielle Verantwortung tragen müssen. Hier braucht es neue Instrumente, damit die Nutzerdirektionen für ihre Wünsche und den Ausbaustandard auch die finanzielle Verantwortung tragen müssen. Das AGG als Bauherr darf das Heft nicht aus der Hand geben. In dieser Rolle – eben als Bauherr – ist es wichtig, kritische Fragen zu stellen und zuzulassen, Risiken konsequent im Auge zu behalten und zu handeln, wenn Warnlampen aufleuchten.

Datenbasis: Das umfassende Immobilienportfolio des Kantons lässt sich nur steuern, wenn dafür vollständige, aktualisierte und fehlerfreie Daten vorliegen. Diesbezüglich hapert es beim AGG schon seit längerem. Vollständige, korrekte und aktuelle Daten sind die Grundvoraussetzung, um das mil-

liardenschwere Immobilienportfeuille des Kantons effizient bewirtschaften zu können und wirtschaftlich zu managen. Ja, wo besteht denn Handlungsbedarf beim AGG? Auf der einen Seite hat die BVD erkannt, dass eine grundlegende Veränderung im AGG nötig ist. So wurde das Projekt Optima IM in der Abteilung Immobilienmanagement im Jahr 2019 gestartet, um die nötigen Anpassungen in die Wege zu leiten.

Auf der anderen Seite richtet sich die GPK mit den gewonnenen Erkenntnissen mittels Empfehlungen in den fünf eingangs erwähnten Themenfelder direkt an den Regierungsrat. Für die SVP sind die folgenden Empfehlungen an den Regierungsrat zentral: Die Zahl der externen Leistungserbringer, besonders im Bereich Portfoliomanagement und Controlling, soweit möglich zu reduzieren und stattdessen intern entsprechendes Know-how aufzubauen, dies ist für uns wichtig. Sofort die Investitionspriorisierung vornehmen, wie wir es hier drin schon mehrere Male gefordert haben und dass das AGG die Bereinigung der Daten in den IT-Systemen so vorantreibt, dass rasch verlässliche und vollständige Kennzahlen des gesamten Immobilienportfeuille zur Verfügung stehen und Aussagen zur Wirtschaftlichkeit möglich sind. Gerade zu dieser Empfehlung erwarten wir vom Regierungsrat, dass aus der bereits vorhandenen und erhobenen Daten schon jetzt die nötigen Schlüsse gezogen werden können und man anfängt, dass milliardenschwere Immobilienportfeuille zu managen und in diesem Bereich nicht noch weiter zuwartet.

Die SVP-Fraktion begrüsst alle GPK-Empfehlungen und erwartet vom Regierungsrat, dass diese auch umgesetzt werden, damit alle anstehenden Investitionen in Milliardenhöhe vom AGG überhaupt gestemmt und endlich nach Jahren wieder Ruhe und Stabilität ins AGG einkehren kann. Die SVP-Fraktion dankt der GPK für den aufschlussreichen Bericht samt den Empfehlungen und nimmt diesen zur Kenntnis.

Tom Gerber, Reconvilier (PEV), porte-parole de groupe. En relisant le rapport de la CGes, j'ai eu un peu le même sentiment qu'il y a 25 ans : un matin lorsque, en tant que recrue stagiaire aux urgences à l'hôpital de Winterthur, je lisais la feuille d'anamnèse d'un jeune gravement accidenté... Il me semblait qu'il y aurait eu moins à écrire pour décrire ce qui était en bon état que de décrire ce qui était dysfonctionnel. – Dans la situation actuelle, dans laquelle un nombre important de grands projets sont en route, dans laquelle une gestion économique revêt une importance primordiale, la situation de l'Office des immeubles et des constructions (OIC) est grave. Si nombre de problèmes ne datent pas d'hier, il est trop facile d'en mettre simplement la responsabilité sur l'ancienne directrice, et j'aimerais relever ici un point qui a aussi été relevé par la CGes : c'est la question de la priorisation des investissements. Il est prépondérant que le gouvernement assume ses responsabilités et fasse son travail et ce travail politique ne peut pas être délégué à un Office. Il est important aussi de mettre en place un système responsabilisant ceux qui formulent leurs besoins immobiliers.

Au final, que M. Neuhaus ait regardé de côté – weggeschaut – ou qu'il n'ait pas mesuré l'ampleur du problème, n'est pas primordial. Ce qui est primordial, c'est que, Monsieur le Directeur, vous trouviez et que vous mettiez en route les solutions aux problèmes dans les délais les plus brefs, tout en sachant que cela représente une tâche qui a commencé hier et qui vous poursuivra encore quelques années. Le groupe évangélique soutient les conclusions de la CGes, demande à la Direction de les mettre en œuvre dans tous ses points et vous propose de prendre connaissance du rapport.

Beatrice Eichenberger, Biglen (Die Mitte), Fraktionssprecherin. Mit dem Bericht der GPK liegt deutlich auf dem Tisch, in welchen Hinsichten es im AGG Massnahmen braucht. Wir danken allen Beteiligten – Sekretariat, Verwaltung und GPK – für den aufschlussreichen Bericht. Die Mitte-Fraktion fordert bei den verschiedenen Akteuren, dass die gegenseitigen Schuldzuweisungen aufhören müssen. Wir erwarten, dass jetzt gehandelt wird und dass umgehend sachliche Lösungen umgesetzt werden, so wie dies die Empfehlungen der GPK fordern. Geben wir dem AGG jetzt die Chance zu beweisen, dass es ihm ernst ist. Wir sind enttäuscht und finden es völlig unnötig, dass sich jetzt noch öffentlich ein Schlagabtausch geliefert wird. Wir fordern die Direktion auf, die Kräfte einzusetzen, um sich gegen innen zu stärken, sich gegenseitig zu unterstützen und dass sie die Verantwortung übernimmt, um dem AGG eine positive Perspektive zu geben. In diesem Sinne

nimmt die Mitte-Fraktion Kenntnis von den Ergebnissen der Abklärungen der GPK und unterstützt die Empfehlungen einstimmig.

Stefan Bänz Müller, Innerberg (SP), Fraktionssprecher. Das AGG befindet sich in einer heiklen Situation. Diese Erkenntnis ist beileibe nicht neu. Der Zusammenschluss des Hochbauamts und der Liegenschaftsverwaltung liegt nun 17 Jahre zurück. Es ist längst an der Zeit, dass die Probleme im AGG, welche mittlerweile auch schon mehrere Jahre bekannt sind, endlich ausgemerzt werden. Schon im Jahr 2015 liess sich die GPK anlässlich des Besuchs beim AGG detailliert über die damalige Situation informieren. Damals wurde der GPK der Eindruck vermittelt, dass die Reorganisation des AGG erfolgreich abgeschlossen sei. Dass nachher die BVD das Projekt «Optima», später «Fit 2017» genannt, starten musste, zeigt, dass dem wohl nicht so war. Das Projekt «Fit 2017» wurde 2018 abgeschlossen. Nur ein Jahr später, 2019, kamen die nächsten Probleme an den Tag, wie das Beispiel Campus Biel zeigt. Der damalige Bericht der Finanzkontrolle – auch von der GPK eingefordert – zeigte sowohl Probleme als auch Lösungsvorschläge auf. Dies führte dann zum Projekt «Optima AGG IM», welches letztes Jahr wiederum in einem Bericht endete.

Wenn Ihnen jetzt bei all diesen Projekten und Berichten den Überblick zu verlieren droht, so geht es Ihnen wie mir. Was der kleine Rückblick aber zeigt ist, dass die Probleme weder neu noch überraschend sind. Die Analyse der GPK, die heute vorliegt, ist deshalb auch nicht nur neu. Die GPK erkannte fünf prioritäre Handlungsfelder. Ich muss sie nicht wiederholen. Jedoch ist es wichtig, insbesondere auf das Handlungsfeld 1, die ungenügenden personellen Ressourcen, hinzuweisen. Weil die heutigen Probleme haben zweifellos – nebst anderem – auch mit der personellen Unterbesetzung in der Vergangenheit zu tun.

Es geht aber nicht darum, eine Wertung der fünf Handlungsfelder, welche die GPK definiert, vorzunehmen. Es geht auch nicht darum, die zehn hilfreichen, konkreten und detaillierten Empfehlungen seitens der GPK zu werten. Im Gegenteil, alle zehn Empfehlungen im Bericht sind sehr wichtig und die SP-JUSO-PSA-Fraktion erwartet vom Regierungsrat nachdrücklich, dass diese zehn Empfehlungen alle zügig angegangen und umgesetzt werden. Weil die Vergangenheit gezeigt hat, dass Papier geduldig ist, unterstützen wir insbesondere die Erwartungshaltung der GPK, dass die BVD gestützt auf Artikel 55 des GRG bis im Sommer 2022 gegenüber der GPK Rechenschaft bezüglich des Umsetzungsstands von allen Massnahmen ablegt. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion wird den Bericht zur Kenntnis nehmen, verbunden mit der Erwartungshaltung der Regierung, dass die ausgezeichnete Vorarbeit der GPK als das verstanden wird, was sie ist: der richtige Wegweiser, wie das AGG endlich und zügig in ruhige Gefilde geführt werden kann.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU), Fraktionssprecher. Unsere Fraktion hat aufgrund des Berichts der GPK ebenfalls festgestellt, dass im AGG über einige Jahre einiges schiefgelaufen ist. Wir möchten dies jedoch nicht einzelnen Personen anlasten und nach Schuldigen suchen. Es ist ein Zusammenwirken von vielen verschiedenen Umständen, welche zu dieser Situation geführt haben. Für unsere Fraktion ist es wichtig, dass wir unsere Kraft nicht in die Vergangenheitsbewältigung investieren, sondern in die Zukunft schauen, aus den gemachten Fehlern lernen und die festgestellten Mängel beheben. Wir unterstützen deshalb die Empfehlungen der GPK und erwarten vom Regierungsrat die entsprechende Umsetzung. Wir bedanken uns bei der GPK für die umfangreichen Abklärungen und nehmen den vorliegenden Bericht einstimmig zur Kenntnis.

Peter Dütschler, Hünibach (FDP), Fraktionssprecher. Die FDP dankt für den umfassenden Bericht und nimmt ihn mit allen Empfehlungen zur Kenntnis. Fast alles wurde schon gesagt. Auch wir wünschen dem chronisch kranken Patienten AGG folgende Dinge – ich möchte einfach nach vorne schauen: Zuerst braucht er die notwendigen Ressourcen, die Unterstützung, damit das Amt überhaupt drehen kann. Wichtig scheint uns, internes Know-how aufzubauen, damit die externen Berater abgebaut werden können. Dieses Wissen brauchen wir im Amt drin. Und nachher v. a. etwas ganz Wichtiges – dies kann man fast nicht genug umschreiben – ist Leadership, Verantwortung übernehmen. Dazu gehört auch, Verantwortung delegieren zu können, diese laufen zu lassen. Viele dieser Mitarbeiter sind Ingenieure. Diese haben es nicht so gerne, wenn man ihnen zu viel auf der

Nase herumtrampelt. Diese muss man auch laufen lassen können. Einen gewissen Perfektionismus müssen wir ablegen und v. a. – ich glaube, wir haben gesehen, wohin dies führt – kritische Stimmen nicht zu früh abzumurksen. Hören Sie diesen zu, sie haben etwas zu sagen. Zu Leadership gehört sicher auch, diesen Mitarbeitern Wertschätzung zu zeigen. Grundsätzlich Aufgaben und Prozesse überprüfen – Stichwort interne Kostenverrechnungsmodelle. Dieser Rückkoppelungseffekt ist nicht zu unterschätzen, wenn Sie nicht wissen ... Wenn der Besteller nicht weiss, was dies kostet, ja, dann ist diese Einkaufsliste sehr umfassend. Dies muss man ändern. Und nachher diese Investitionspriorisierung, diese Verantwortlichkeiten klar regeln, dann geht es auch hier einfacher durch den Grossen Rat. Die Digitalisierung bringt einen grossen Nutzen, nützen wir diesen. Wir sind am Bauen. Nirgends wie dort ist es eigentlich wichtig, dass man diese Standards zu hinterfragen wagt. Jetzt gilt es – ich glaube, dies haben wir fast von allen gehört – jetzt müssen wir Ruhe hineinbringen, damit das Team überhaupt wieder performen kann. Den Mitarbeitern in diesen Ämtern wünsche ich viel Freude. Sie haben einen super Beruf. Ich glaube, dies ist wirklich eine interessante Aufgabe. Ich bin auch zuversichtlich, dass man gute Leute findet und auch gefunden hat und ihnen jetzt die nötige Ruhe gibt, dass wir auch ein bisschen Geduld haben und sie arbeiten lassen und nachher wieder in unseren Turnus zurückkehren, dass wir dann hoffentlich nicht wieder einen GPK-Bericht machen müssen und wieder durchkontrollieren müssen. Ich möchte Herrn Siegenthaler Peter auch noch danken, wie du den Bericht vorgestellt hast und du diese Arbeiten geleistet hast. Die FDP-Fraktion – wie gesagt – nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis, insgesamt alle zehn Empfehlungen.

Le président. La liste des groupes est épuisée. Je laisse maintenant la parole aux intervenants à titre individuel, le premier à prendre la parole, M. le député Michel.

Andreas Michel, Schattenhalb (SVP), Einzelsprecher. Die zehn Empfehlungen der GPK sind gut. Aber es ist auch klar, dass die zehn Empfehlungen nicht alle gleichzeitig bearbeitet werden können. In dieser Beziehung, denke ich, muss der Grosse Rat realistisch bleiben, bezüglich der Zielsetzungen, bezüglich aber auch dem Zeitfaktor, welcher er dem Regierungsrat auferlegt. Es ist aber auch berechtigt, dass man dies differenziert anschaut, weil die Abweichung vom Ist- zum Sollzustand nicht überall gleich gross ist. Die Regierung hat aber eine Priorisierung vorzunehmen, nicht die GPK. Soweit sie sich den Empfehlungen anschliesst, muss sie aber zuerst sicher Sofortmassnahmen ergreifen und dort setzt die GPK voraus, dass die Ressourcen für die zu bewältigenden Aufgaben genügend gross sein müssen. Dies scheint mir die wesentliche Sofortmassnahme.

Wenn dies gegeben ist, gibt es aus meiner Sicht drei entscheidende Empfehlungen, um wirtschaftlich zu sein. Der erste Punkt sind die Zielvorgaben für die Wirtschaftlichkeit, die Definition der Raumprogramme, die Raumgrössen, der Ausbaustandard – da sprechen wir nicht von Qualität, Qualität braucht es überall, aber der Ausbaustandard. Dies ist nicht etwas, das man über Jahrzehnte gleich behalten kann. Da gilt es, den neuen Entwicklungen, den neuen Materialien, usw. Rechnung zu tragen und dort, scheint es mir, gibt es grossen Handlungsbedarf.

Der zweite Punkt, die internen Verrechnungen, auf welche die GPK mit der Motion ein besonderes Augenmerk legen will. Es ist eben mehr als von einem Sack in den anderen, weil es bei diesen Fragen um Sensibilisierung geht. Es geht um Emotionen. Eine solche interne Verrechnung kann man auch relativ einfach machen und damit den Aufwand zur Realisierung begrenzen. Es braucht in diesem Bereich nach meiner Auffassung keine Perfektion. Der dritte Bereich ist die Differenzbereinigung zwischen Besteller und AGG. Zielkonflikte sind nicht etwas, das einmal vorkommt. Das kommt immer vor zwischen Bau und Betrieb. Es ist keine Ausnahmetätigkeit. Es ist auch ganz klar, dass die Regierung hier das ausgleichende Gremium sein kann. Da muss man sich neue Wege überlegen.

Fritz Ruchti, Seewil (SVP), Einzelsprecher. Es geht mir genau gleich wie Peter Siegenthaler, wenn man den Bericht hier vorstellt: Ich will nicht auf irgendeinem Weg das AGG noch einmal in die Pfanne hauen. Es geht mir darum aufzuzeigen, dass auch wir als Politiker, hier als Grossrätinnen und Grossräte, manchmal in der Verantwortung sind für die Zustände, wie sie dort sind. Ein Beispiel:

2006 beschloss der Regierungsrat, in Burgdorf ein neues Verwaltungszentrum zu bauen. 2009 wurde im Kanton Bern für das über 20'000 Quadratmeter grosse Zeughausareal in Burgdorf – zum ersten Mal in der Geschichte des Kantons –, ein Vertrag für Public Private Partnership (PPP) abgeschlossen.

Die Leistungen der Planung, des Bauens, der Finanzierung und des Betriebs wurden im Vertrag für 25 Jahre vereinbart. Ziel war, die Zusammenarbeit zwischen Kanton und verschiedenen privaten Investoren vertraglich regeln zu können und damit Kosten zu sparen, dachte man damals. Die Kosten für das PPP-Projekt wurde mit 150 Mio. Franken beziffert. Der Zinssatz – jetzt müssen Sie gut hören, man höre und staune, 2006, als ich auch Grossrat war – 7 Prozent. Was für 25 Jahre noch einmal über 160 Mio. Franken ausmacht. Dazu kommen noch einmal 100 Mio. Franken Unterhaltskosten. Zusammengezählt 400 Mio. Franken. Leider hat 2006 hier im Grossen Rat noch niemand daran gedacht, dass die Kapitalzinsen so ins Bodenlose sinken könnten, ja sogar negative Zinsen zum Tagesgeschehen gehören. Der Kanton Bern bezahlt heute, nach einer Neuverhandlung im Jahr 2018, noch immer über 6 Prozent Kapitalzins, liebe Grossrätinnen und Grossräte, über 6 Prozent Kapitalzins.

Was will ich damit sagen? Bis hier waren die Regierung und die Politik für die Causa PPP Neumatt in der Verantwortung und nicht das AGG. Was hier im AGG falsch gelaufen ist, ist die Tatsache, dass eine komplette Dokumentation zur Geschichte und zu den Finanzflüssen fehlt. Die fehlenden finanziellen Steuerungen und Mängel im Immobilienmanagement widerspiegeln sich auch im PPP-Modell Neumatt in Burgdorf. Ohne Kenntnisse von allen Kosten und einer vollen Kostenübersicht kann kein aktives und zielgerichtetes Controlling im AGG zum zielgerichtet ausgeführten Bauprojekt erfolgen.

Herr Regierungsrat, liebe Grossrätinnen und Grossräte, was muss endlich im AGG passieren?

1. Wir müssen die Fehler im AGG sofort mit der entsprechenden Personalaufstockung beheben und das Amt attraktiver machen. Nur mit einem positiven Erscheinungsbild finden wir gut qualifizierte Leute, die in diesem Amt arbeiten wollen. 2. Es kann nicht sein, dass der Kanton Bern über 30 Mio. Franken für externe Arbeiten ausgibt und damit einen Personalabbau betreibt. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)* 3. Es braucht Lösungsansätze, um die Umsetzung der GPK-Empfehlungen sofort anzugehen. Herr Regierungsrat, sehr geehrter Baudirektor, nehmen Sie die Empfehlungen der GPK ernst und versuchen Sie Verbesserungen hinzubekommen. Dann funktioniert das AGG wie von selbst.

Bernhard Riem, Iffwil (Die Mitte), Einzelsprecher. Die Schlussfolgerungen im Bericht sind aussagekräftig. In einem Punkt greift mir aber die Analyse zu kurz. Der Gesamtregierungsrat hat seine Führung seit Jahren zu wenig wahrgenommen. Er steht in der Pflicht, die Investitionen zu beschliessen und die Auswirkungen seiner Beschlüsse auf die Immobilien und die Finanzen zu beurteilen. Unsere Fraktion hat zum Immobilienbereich viele Vorstösse verfasst. Sie wurden mehrheitlich hoch angenommen, mit äusserst bescheidenen Auswirkungen.

Ich stelle folgende Fragen: Welcher Betrieb leistet sich nach wie vor eine Verwaltung überall verstreut in teilweise ungeeigneten Gebäuden, z. B. in der Berner Altstadt? Was kann ein AGG ausrichten, wenn die Direktionen ihre Paläste nicht verlassen wollen? Es liegt am Gesamtregierungsrat, diesem Auftrag nachzukommen und das AGG nicht erfolglose Sisyphusarbeiten machen zu lassen. Nehmen die Regierungsmitglieder ihre Verantwortung wahr, bei den Bestellprozessen sparsame Anträge zu stellen? Oder ist es nicht so, dass jede Direktion versucht, ihre Projekte raschmöglichst einzubringen und durchzubringen?

Wie soll ein Bauamt Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit durchsetzen, wenn die Direktionen nicht mithelfen und wenn alle nur für sich selber schauen? Dann ist das AGG zwischen Hammer und Amboss und an diesem Dilemma muss es scheitern. Das AGG wird zu häufig alleine gelassen mit den schlecht kontrollierten hohen Ansprüchen der Nutzerdirektionen. Dabei geht es natürlich nicht nur um die Priorisierung der Investitionsvorhaben. Es geht um Standards, um das Durchsetzen von einer angemessenen Bescheidenheit und um die Wirtschaftlichkeit. Dies kann doch nicht den Bauverantwortlichen überlassen werden. Hat der Regierungsrat bei der Justizvollzugsstrategie, bei der Einführung des Lehrplans, bei der Entwicklung des Medizinalstandorts, bei den Campus, die richti-

gen Vorgaben gemacht? Oder muss das AGG um Kompromisse und Redimensionierungen mit den Nutzern ringen?

Ich fordere deshalb, dass der Regierungsrat die Investitionen nicht nur bezüglich der Finanzierung priorisiert, sondern auch mit dem Ziel einer guten wirtschaftlichen Entwicklung des Kantons. Dies wird das AGG nie können. Dafür ist es auch nicht da. Dies kann auch kein Baudirektor alleine. Dafür haben wir einen Regierungsrat, und zwar ganz gleich mit welcher Mehrheit.

Christoph Neuhaus, BVD-Direktor. Ich bin Ihren Voten sehr aufmerksam gefolgt, und es war nicht so schwierig, weil es hier drin so leise war, wie es nicht immer ist. Ich danke für die vielen wird. Ich möchte stellvertretend dem GPK-Präsidenten, Peter Siegenthaler, für sein Urteil, dass die Verwaltung grosso modo gut arbeitet, danken und für den Goodwill und die differenzierte Betrachtung. Ich habe den Eindruck, dass man zum AGG jetzt fast alles gesagt hat. Es wurde aber auch viel mehr geschrieben. Einige Dinge haben mich erstaunt. Das meiste war aber schon länger bekannt, und ein paar Dinge sind kreuzfalsch. Der Kanton Bern hat eine Immobilienstrategie seit dem März 2019. Ich gebe Ihnen diese gerne ab – den ersten zehn, ich habe zehn in Papierform dabei. Um diese zu finden, müssen Sie beim Recherchieren zweimal klicken, um diese auf der Homepage zu finden. Ich beziehe mich auf einen Medientitel: «Der Kanton Bern hat keine Immobilienstrategie». Deshalb habe ich auch eine Meinung zum Mediengeplänkel, Peter, aber diese tauschen wir vielleicht gegenseitig aus. Gegen aussen spielt dies keine Rolle, weil es für die Zukunft kein Gewicht hat. Das einzige, das wir machen können, ist nach vorne schauen. Es ist Zeit, nach vorne zuschauen, denn was gemäht ist, ist gemäht. Sie können auch am Gras ziehen, im Kanton Bern wächst es nicht schneller und wir schauen vorwärts, überzeugt.

Weshalb? Der GPK-Bericht basiert auf den Erkenntnissen der Berichte der Finanzkontrolle – und es ist die kantonale Finanzkontrolle. Ich habe den eidgenössischen Finanzkontrollbericht noch einverlangt, von welchem die Rede war. Ich habe diesen nicht erhalten. Er basiert auf den Untersuchungen der BVD, welche ich selber angeregt habe. Es sind die zwei Dinge, die zwei Berichte von Wüest Partner und Dietziker Partner Baumanagement AG: Wüest Partner zum AGG und Dietziker Partner Baumanagement AG zum Campus. Und dort wird gesagt gegenüber der Aufsichtskommission, was Sache ist.

Der Bericht der GPK war jetzt, nach gut drei Jahren im Amt, für mich keine grosse Überraschung mehr, respektive ich habe das eine oder andere immer wieder neu gelernt. Die Schwächen des AGG werden im Bericht gut aufgezeigt. Es werden die richtigen Handlungsfelder thematisiert. Dies hilft. Es hilft v. a. dass kein Bashing stattfinden soll, wie dies der Herr GPK-Präsident herausgestrichen hat. Der Regierungsrat teilt die Stossrichtungen der Empfehlungen grundsätzlich. Aber es ist die Historie – der Bericht richtet den Blick zurück. Das AGG selber ist heute – zum Glück, sonst würde ich nächstes Jahr nicht mehr kandidieren – an einem anderen Ort, ein paar wichtige Schritte weiter und wir müssen aber auch noch einen Weg gehen.

Viele dieser Themen sind wir gezielt angegangen, Stichwort strategische Ausrichtung, finanzielle Führung, Prozesse, Organisation, Datenmanagement. 2020 – dies wurde gesagt – habe ich das Projekt «Optima Immobilienmanagement» – dies wird von einem Experten begleitet – gestartet. Es hat zum Ziel, die Prozesse und die Organisation im Immobilienmanagement zu überarbeiten. Es geht um Vollständigkeit und Bereinigung der Daten. Diese können wir heute sogar visualisieren. Frau Grossrätin Annegret Hebeisen, die Daten sind sehr viel besser als jene, die ich angetroffen habe, als ich angefangen habe. Es geht um Prüfbarkeit, Branchenkonformität. Wir verbessern auch die Effizienz im Vertragsmanagement. Es würde wahrscheinlich den Rahmen dieser Session sprengen – und wir hätten dann nicht nur vier, sondern viel mehr Stunden Verspätung, wenn ich alle Punkte des Berichts kommentieren würde. Deshalb beschränke ich mich auf ein paar wenige, die mir besonders wichtig sind.

Das erste Stichwort, Fluktuation: Die hat sich nach 2017 stark beruhigt. Es ist noch spannend: Man reorganisierte 2013/2014, hatte 14 Prozent Fluktuation. Dann kam die GPK, schaute hin und sagte: «Jawohl, es läuft gut.» Was man nicht sah: Die Fluktuation lag bei 19 Prozent. Im 2016 lag sie bei 13 Prozent, ich bin nicht abergläubisch, aber im 2017 dann bei 21 Prozent – so viel zum Thema «gut». Es gab sicher zu viele Führungswechsel in den vergangenen zehn Jahren, aber, was man

auch sagen muss, im mittleren Kader ist sehr viel mehr Stabilität vorhanden, als was man dies von ganz aussen sieht. Es ist nicht nur eine Person, die einen solchen Laden vorwärtsbringt. Es sind 70 Stellen, und da braucht es das Team.

Das Amt – ich bin froh, dass dies gesagt wurde – war nie führungslos, im Gegenteil, wir haben Stellvertretungen. Der Generalsekretär Christian Albrecht war nie Kantonsbaumeister ad interim, aber konnte dort schon wirken. Der stellvertretende AGG-Chef heisst Hugo Fuhrer und half auch. Alle haben am gleichen Strick und auf der gleichen Seite gerissen, und wir konnten in den vergangenen Monaten Ruhe hineinbringen.

Dass man Personalmangel mit externen Ressourcen begegnete – da ist ganz klar, da hat die GPK recht; es kann nicht sein, dass man dauernd Dinge hinausgibt. Da geht es um Millionen. Wir müssen nicht Fachleute wie z.B. Tunnelbauer anstellen. Diese brauchen wir nur alle paar Jahrzehnte. Dafür kann man Spezialisten einkaufen, aber viel müssen wir selber machen können. Wir geben Gegensteuer, müssen aber bedächtig vorgehen und dem Wissenstransfer genügend Beachtung schenken. Ganz klar auch, dass die von der GPK, von Grossrat von Arx geforderte Raumkostenverrechnung zu diskutieren ist. Aber diese kann nur Lenkungswirkung entfalten, wenn der Nutzer Wahlfreiheit im Einsatz seiner Mittel hat und da wird es dann wieder ein bisschen schwierig. Deshalb prüfen wir auch andere Ansätze, beispielsweise die Einführung eines neuen Flächenstandards, nicht wahr, Herr BaK-Kommissionspräsident Daniel Klauser. Die BaK weiss ansatzweise, worum es geht. Jetzt müssen dann einfach noch alle im Regierungsrat mithelfen.

Geschätzte Frauen und Männer, wir gehen die Probleme an mit einem wichtigen Vorbehalt, die BVD, ich alleine, kann dies nicht lösen. Es sind einerseits die hohen Ansprüche seitens der Nutzer der Politik, welche auch ihren Teil zur Situation beitragen. Die Forderung nach Holz aus dem Berner Wald hat es z. B. beim Campus Biel nicht einfacher gemacht. Oder ich denke an das Laborgebäude der Uni Muesmatt, der Einbau von Hörsälen in eine Gebäudestruktur, die nicht passt und dann will man noch möglichst flexible, hochwertige Laborstrukturen. Dies macht alles komplizierter und verteuert das Projekt.

Oder wenn die Älteren, so wie ich, an die Bezirksreform 2010 denken – man hat diverse Schlösser, die seither praktisch oder faktisch leer stehen. Wir konnten vor Kurzem Aarwangen weitergeben, zehn Jahre leer gestanden, Leerstandskosten pro Jahr 200'000 Franken. Wenn ich frech und zynisch wäre, würde ich sagen, dass man sich dies auch leisten muss. Der Kanton Bern kann dies nicht, und deshalb bin ich auch froh, dass das erste Schloss weg ist. Trachselwald, Münchenwiler, wir werden mit weiteren solchen Geschäften kommen. Wir werden v. a. nicht darum herumkommen, dass wir die verschiedenen Player mit ihren verschiedenen Rollen besser aufeinander abstimmen.

Wenn ich zu Ihnen spreche, bin ich zuversichtlich, dass sich die Situation im AGG weiter verbessern wird. Verschiedenste interne Massnahmen haben wir aufgegleist. Aber bis es greift, braucht es Mithilfe, braucht es Vertrauen und braucht es v. a. Zeit für eine Unternehmenskultur, eine Angstkultur zu ändern. Dafür braucht es Zeit. Zeit, welche das AGG als Einheit, aber die auch meine Leute, brauchen. Dies betrifft auch das Generalsekretariat. Meine Leute hörten jetzt oft genug, was sie alles falsch gemacht haben, und lasen, sie seien durchwegs alle Fehlbesetzungen. Es war recht nahe an Beleidigungen, was man lesen musste, was die Leute alles nicht können.

Unter der neuen Amtsleitung – Sie haben es gehört: Lorenz Held, mit drei ausgezeichnet besetzten Bereichsleitungen – wird das AGG den Turnaround schaffen. Da bin ich mir sicher. Die guten Leute – dies ist ein Heinz Rüedi von der Geschäftsleitung Migros Immobilien Mittelland, verantwortlich für die Immobilien von Migros im Mittelland. Daniel Conca kennt die eine oder der andere vielleicht auch noch im Management des Eigentums, er hat die Liegenschaften der Stadt Bern integriert, und Herr Lanter kommt von der SBB, er hat dort ein Immobilienportefeuille von 3 Mia. Franken verantwortet.

Ich weiss, man hat es Ihnen schon einige Male versprochen, dass es nun besser werde, aber der Regierungsrat hat jetzt auch die richtigen politischen Weichen gestellt. Auch Sie können dies, indem Sie den Bericht verabschieden. Die GPK hat die fehlende Priorisierung der Investitionen festgehalten. Die Unterdotierung der Ressourcen des AGG hat das Amt in eine schwierige Situation gebracht. Ich würde nicht sagen, Peter Dütschler, dass das Amt chronisch krank ist, aber immer noch stark verschlupft oder eine starke Grippe.

In einem intensiven und schmerzhaften Prozess konnte der Regierungsrat endlich eine Priorisierung der Hochbauinvestitionen vorbereiten. Es ist ein Resultat, das sich sehen lässt. Wir können eine Investitionsplanung vorweisen, welche finanzierbar und für das AGG bewältigbar ist. Es ist nicht an der GPK, wie Grossrat Michel dies sagte, so etwas zu machen. Es ist aber eigentlich auch nicht an der BVD, diese Arbeit zu leisten, d. h. dass wir als Amt quasi sagen können, was wir bauen wollen. Der Gesamtregierungsrat oder diejenigen, die zahlen, müssen in die Hosen. Ich bin froh, dass wir diese Planung geschafft haben.

Und das heisst, wir schaffen es insofern, als dass wir das AGG personalmässig noch weiter verstärken können. Ich gebe Ihnen einen Vergleich: Bau und Raum der Universität hat 18 Personen. Sie hat ein bisschen weniger Immobilien als der Kanton Bern. Das Immobilienmanagement des Kanton Bern hat 23 Personen, und meine Leute machen noch Projekte, machen bedeutend mehr als Bau und Raum der Uni Bern. Aber auch hier schaue ich optimistisch in die Zukunft. Die Regierung hat unseren Mehrbedarf aufgenommen, zumindest für das Jahr 2022, und auch die Signale, die ich aus Ihren Reihen erhalte, stimmen mich positiv.

So ich hoffe, dass ich Sie im Allgemeinen einigermaßen überzeugt habe und v. a. im Speziellen Herr Grossrat Gerber, ein fleissiger Zeitungsleser, der am Mikrofon sagte, der Neuhaus habe nicht genau hingeschaut. Ich habe genauer hingeschaut, als mir lieb war und viel mehr gesehen, als mir noch lieber gewesen wäre. Wir sind daran, dies zu machen, wir sind daran zu arbeiten. Dies können wir aber nur mit Ihrer geschätzten Hilfe, werte Damen und Herren Grossräte. Sie können mitbestimmen, wie schnell das AGG sich aus dieser Misere befreit, und dass eben ein Immobilienmanagement, das AGG, den Namen verdient, weil AGG heisst ja eigentlich «alles gut und günstig». Ich danke Ihnen herzlich für die Verabschiedung dieses Berichts und für Ihre weitere Unterstützung.

Le président. La parole n'étant plus demandée, nous allons voter sur l'affaire du point 37 de l'ordre du jour : les député-e-s qui acceptent de prendre connaissance de ce rapport votent oui, celles et ceux qui le refusent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.112: Kenntnisnahme / prise de connaissance

Annahme / Adoption

Ja / Oui	149
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Vous avez accepté de prendre connaissance de ce rapport à l'unanimité.